

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 65 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Zeitung, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 205

Dresden, Dienstag, 3. September

1929

Der preussische Innenminister zu den Bombenattentaten.

Ein Erlaß an die nachgeordneten Behörden.

Berlin, 3. September.
Wie der Amtliche Preussische Preßedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern Erzelin li unter dem 2. September an die nachgeordneten Behörden folgenden Erlaß gerichtet:
„Zeit einer Reihe von Wochen wird die Öffentlichkeit immer wieder durch Sprengstoffanschläge bedroht, die schweren Sachschaden verursachen und auch Menschenleben in Gefahr gebracht haben. Die häufigen Wiederholungen, die Gleichgültigkeit der Vorbereitung wie der angewandten Mittel und die Auswahl der Ziele der Attentate lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß es sich um das planmäßige Vorgehen einer Gruppe radikaler Elemente handelt, die politische Zwecke zu verfolgen und dadurch ihre dunklen Absichten zu fördern sucht. Diese Absichten unter dem Schutz der Nacht betriebenen verbrecherischen Machenschaften können zwar das öffentliche Leben in keiner Weise erschüttern, doch bedeuten sie heftige Störungen der Ordnung, die allen Behörden und Beamten die Sorge zur gebührenden Pflicht macht, daß diesen hinterhältigen Verbrechern am Vollzug ihrer Pläne das Handwerk gelegt wird.“

Im ersten Sinne hat die Polizei mit größtem Nachdruck und allen geeigneten Mitteln zu arbeiten. Insbesondere wird sie sich zur Aufklärung dieser heimtückischen Verbrechen und zur Ermittlung ihrer Zusammenhänge wie ihrer Anführer der tatkräftigsten Mithilfe der Bevölkerung zu bedienen haben. Ich erlaube daher, die Bevölkerung zu gewissen und herauszuheben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei gezielter Einwirkung alle Verbrechen dieser Art, die das öffentliche Leben in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Not die ruhige Arbeit, Eigentum und Leben der Volksgenossen zu gefährden wagen.“

Ein Wochenendgesetz?

Berlin, 3. September.
Einer der eifrigsten Förderer der Idee des Wochenendgesetzes ist der Berliner Wochenendauschuß, der seine Propagandaarbeit auf das ganze Reich erstreckt hat. Dieser Wochenendauschuß beschäftigt sich nun, wie wir hören, mit der Ausarbeitung eines Wochenend-Nachmittagsgesetzes für alle deutschen Länder. Der Gesetzesentwurf soll bereits im nächsten Herbst allen Landesparlamenten vorgelegt werden.

Die Arbeitslosenunterstützung in einem besonderen Lichte.

Berlin, 3. September.
Das christliche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ beklagt sich gegen den Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung. Dieser Mißbrauch sei bisher nur auf Arbeitnehmersseite festgestellt worden. Demgegenüber weist das genannte Blatt auf die mißbräuchliche Ausbeutung der Arbeitslosenversicherung durch Arbeitgeber hin, die oft ganz gewaltige Schäden und Verschwendungen der Arbeitslosenversicherung zur Folge haben.
Die Unzulänglichkeit des gesetzlichen Stützungsrechtes sei dafür die Ursache. Wenn früher der Arbeitgeber das Risiko schlichter Konjunktur selbst trug und durch Pagararbeit, Arbeitsreduzierung und anderweitige Beschäftigung seiner Belegschaft über die Zeit der Krise sich hinwegsetzte, schriebe er heute bei der geringsten Konjunkturschwäche das Risiko auf die Arbeitslosenversicherung ab. Die Summen, die so der Arbeitslosenversicherung abgenommen würden, gingen in die Millionen.

Die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen machen Fortschritte.

Berlin, 3. September.
Wie gemeldet wird, haben die Verhandlungen des preussischen Staates mit den evangelischen Kirchen zwecks Abschluß eines dem Kontrakt gleichwertigen Vertrages wieder gute Fortschritte gemacht. Beide Verhandlungspartner haben über die Hauptpunkte, nämlich die politische Klausel und die Erhöhung der Totalsumme bzw. Neuverteilung der kirchlichen Gehälter detaillierte Vorschläge ausgetauscht, die augenblicklich gegenseitig geprüft werden. Bereits in nächster Zeit vielleicht noch in dieser Woche, wird in einer gemeinsamen Sitzung des Preussischen Landtages festgestellt werden, wie weit nach wie vor der Wille zur Annahme vorhanden ist und man glaubt, daß der Vertrag in absehbarer Zeit perfekt werden wird.

Die Gegensätze in Oesterreich.

Seipel für Verfassungsreform.

London, 3. September.
„Daily Telegraph“ veröffentlicht ein Interview seines Wiener Korrespondenten mit dem ehemaligen Bundeskanzler und Führer der christlich-sozialen Partei Oesterreichs Dr. Seipel, in dem dieser zwar nicht die Möglichkeit eines Konfliktes leugnet, jedoch der Überzeugung Ausdruck verleiht, daß eine gründliche Reform der österreichischen Verfassung ohne Stützergreifen durchzuführen werden kann.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob diese Bewegung nicht ein Versuch sei, die Sozialisten unter Androhung einer Demowahlaktion zu zwingen, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu: Änderung der Verfassung zu gewähren, antwortete Seipel, er sehe keinen Grund, weshalb das zu einem Bürgerkrieg führen sollte. Im Gegenteil, alle Parteien schienen sich während der letzten Tage dem Gedanken anzupassen, daß eine Verfassungsreform dringend notwendig sei.

Wenn die Sozialisten trotzdem die notwendige Zweidrittelmehrheit für Annahme einer Reformgesetz ablehnen sollten, so beständen zwei Möglichkeiten:

Der Landbund schlage für diesen Fall eine Volksabstimmung vor, deren Ergebnis die Sozialisten nicht ignorieren könnten. Er (Seipel) sei für eine sofortige Auflösung des Parlamentes.

Zum Schluß erklärte Dr. Seipel, es würde unendlich sein, die Heimwehr und republikanische Verteidigungskräfte ohne Unterstützung zu verlassen. Die Neutralität selbst müsse abgelehnt werden, nämlich die unzulässige Verfassung, und nicht nur die Symptome in Gestalt von desorganisierten Organisationen.

Die Sozialdemokraten wollen die Verfassung verteidigen.

Wien, 3. September.
Die Sozialdemokratische Korrespondenz meldet: Unter Vorhild des Bürgermeisters Seipel fand gestern eine Sitzung der sozialdemokratischen Parteimitglieder und des Vorstandes des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte unter Leitung von Seipels Stellvertreter unter Leitung von Seipels Stellvertreter statt. Es entspann sich eine eingehende Debatte über die politische Lage.

Die Landesvertreter berichteten über die Stimmung der Arbeiterklasse. Aus den Berichten ging die Entschlossenheit der Arbeitermassen hervor, die Republik und ihre Verfassung gegen alle faschistischen Anschläge zu verteidigen.

Es wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die in einem besonderen Manifest der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden sollen. Auf die Tagesordnung des für den 8. Oktober festgesetzten ordentlichen Parteitag wurde der Kampf um die Demokratie und die Bodenreform gesetzt.

Wien, 3. September.
Zwischen Heimwehrlern und Schutzbüdnern vom St. Pölten kam es vorgestern erneut zu ernstlichen Zusammenstößen. Ein Trupp Heimwehrlern, der sich auf der Rückkehr von einer Veranstaltung befand, ließ mit einem Trupp Schutzbüdnern zusammenstoßen. Die Heimwehrlern zogen sich in ein Gasthaus zurück, das dann von einer mehrhundertköpfigen Menge von Schutzbüdnern belagert und besetzt wurde. Erst als die Polizei eintraf, trat der Bürgermeister des Ortes persönlich in Aktion und gelang es, die Unruhen zu brechen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Empfangsvorbereitungen in Friedrichshafen.

„Zeppelins“ Ankunft heute abend erwartet.

Friedrichshafen, 3. September.
In Friedrichshafen wird für den Empfang des Luftschiffes die letzte Hand angelegt. Der Eingang zur Werft schmückt ein Triumpfbogen mit einem „Willkommen“ und den weiß-blauen Farben des Hanses Zeppelin. Weithin ist die weiße Aufschrift auf dem Dach der Luftschiffhalle sichtbar: „Wir gratulieren“. Zudem steht sich das zu zwei Dritteln fertiggestellte Gerüst der neuen Halle noch recht kahl in die Höhe. Man zählt schon 10 fertige Wände. Ganz oben sieht man winzig klein einige Arbeiter bei der Dachdeckerarbeit.

Allmählich treiben auch die Ehrengäste ein, die zum offiziellen Empfang geladen sind. Die Japaner sind durch Dr. Kiep selbst vertreten. Als Vertreter der Reichsregierung tritt Reichswehrminister Stenger ein. Er wird begleitet von dem Staatssekretär Guldrow, Ministerialdirigent Brandenburger, Ministerialrat Ruchling-Hofmann. Außerdem haben der amerikanische und der japanische Botschafter in Berlin ihre Teilnahme zugesagt.

Man ist natürlich sehr gespannt, ob das Luftschiff noch heute abend oder erst morgen früh eintrifft.

Die Abfertigungsmassnahmen auf dem ganzen Platz sind übrigens außerordentlich streng. Man rechnet mit einem Fremdenbesuch von 50 000 bis 60 000 Menschen. Allein der Deutsche Touring-Klub wird mit 8000 Kraftwagen nach Friedrichshafen kommen.

Aber die weiteren Pläne des Luftschiffes werden nur, daß beabsichtigt sein soll, voranschreitend Anfang Oktober wieder eine Amerikafahrt zu unternehmen. Daß das Luftschiff dauernd in Amerika bleiben werde, dürfte dagegen ein sehr geringes Gerücht sein, die ohne jede tatsächliche Grundlage bei jedem Zeppelinerlebnis hier auftauchen.

Der Fahrtbericht.

Hamburg, 2. September.
Die Hamburg-Amerikanische Linie teilt mit, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ sich um 17 Uhr mittlereuropäischer Zeit auf 35,30 Grad Nord und 38,10 Grad West befunden hat. Es hat in der vergangenen Nacht mehrere Gewitter umfahren und ist wieder kurz Ostindien gekommen.

Zunach befand sich das Luftschiff um die genannte Zeit 500 km westlich der Insel Royal die zu den Azoren gehört.

Friedrichshafen, 3. September.
Nach einem beim Luftschiffbau Zeppelin eingegangenen Funkpruch von Bord des „Graf Zeppelin“, befand sich das Luftschiff um 1 Uhr mittlereuropäischer Zeit auf 35,22 Grad Nord und 36,40 Grad West. Alles in Ordnung.

Danach befand sich das Luftschiff um diese Zeit etwa 250 km südöstlich der Azoreninsel Sao Miguel.

Friedrichshafen, 3. September.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat der Werft in Friedrichshafen folgende Standorte gemeldet: 3 Uhr mittlereuropäischer Zeit 36 Grad 52 Minuten Nord, 24 Grad West.

Um 5 Uhr mittlereuropäischer Zeit 36 Grad 15 Minuten Nord, 21 Grad 15 Minuten West. Alles in Ordnung.

Hamburg, 3. September.
Nach einem bei der Hamburg-Amerika-Linie von Bord des „Graf Zeppelin“ eingegangenen Funkpruch befand sich das Luftschiff um 9 Uhr vormittags mittlereuropäischer Zeit 37,30 Grad Nord und 15,30 Grad West mit dem Kurs auf Kap Jansz.

Handelsminister Schreiber tritt für Steuerreform ein.

Magdeburg, 2. September.

Nach dem Getreidehandelskongress sprach der preussische Handelsminister Dr. Schreiber über „Wirtschaftliche Tagesfragen“. Schreiber sprach sich entschieden gegen ein Getreidemonopol aus.

Er kam dann auf die ausländische Kapitalentwicklung in Deutschland ein. Schreiber kritisierte die Überbewertung und forderte die Vereinfachung der der Landwirtschaft drückenden Rentenbankschulden. Der dritten Welle müsse die Möglichkeit zu Experimenten gegeben werden. Es müsse geprüft werden, ob nicht die Gewerbesteuer und Kapitalsteuer abgebaut werden könne, die durch eine Mehrbewertung des Holzholzes und der Tabakerzeugnisse ausgeglichen werden könne.

Telegramm der hessischen Volkspartei an Dr. Stresemann.

Darmstadt, 3. September.
Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Hessen trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der Reichstagsabgeordneter Dingeldey über die politische Lage berichtete. Der geschäftsführende Ausschuss beschloß einstimmig, an Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgendes Telegramm zu senden:

Der Wahlkreisverband Hessen der Deutschen Volkspartei hat nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Dingeldey über das Ergebnis der Daager Konferenz das Bedauern, Ihnen, dem Führer und Staatsmann, aufrichtigsten Dank und Gruß zu senden für Ihre aufopferungsvolle jahrelange Arbeit, die nun den Namen Stresemann für immer verbinden wird mit der endgültigen Rettung der Rheinlande.

Überfall auf die Kasse des ungarischen Innenministeriums.

Budapest, 3. September.

Gestern früh wollten kurz nach 8 Uhr nach Beginn der Amtsstunden zwei Männer den Kassendirektor des Innenministeriums des Innern sprechen. Sie knüpften ein längeres Gespräch mit ihm an; plötzlich zog der eine ein Pistolen aus der Tasche und schüttete dem nichtwährenden Beamten eine Fülligkeit ins Gesicht. Unter dröhnenden Schreien brach der Überfallene bewußtlos zusammen. Diesen Augenblick benutzten die Räuber um aus der offenstehenden Kasse 7000 Pengo zu entnehmen. Als der Beamte zu sich kam, wurden sofort die Ministerialbeamten alarmiert und auch Polizei und Sanitäter gerufen. Es wurde festgestellt, daß sich in dem Pistolen eine Mischung von Nitro und Paprika befunden hatte. Die Täter konnten bis zur Stunde noch nicht festgenommen werden. Der Portier des Haupteingangs des Innenministeriums, der jeden zur Wache einhalten muß, erklärte, daß sich zur Zeit des Überfalls kein Mensch nach dem Kassentraum des Innenministeriums erkundigt habe. Die Erhebungen werden mit aller Energie fortgesetzt.

Kommunistische Krawalle vor dem Lindenhof.

Berlin, 3. September.

Gestern abend erschienen etwa 50 jugendliche Mitglieder der kommunistischen Partei vor dem Erziehungsheim Lindenhof und forderten die Föhlings auf, das Heim zu verlassen. Die Polizei nahm 21 männliche und 8 weibliche Personen fest und führte sie der Abteilung 1A des Polizeipräsidiums zu. Die übrigen Teilnehmer ergliffen die Flucht.

Macdonald über das Abrüstungsproblem.

Genf, 3. September.

Der englische Premierminister Macdonald gab gestern nachmittags in Genf vor der internationalen Presse längere Erklärungen, deren Hauptinhalt — wie bereits diejenigen des englischen Außenministers — das Abrüstungsproblem und die Faktatatschloß des Daager Statuts betrafen.

Macdonald betonte, daß besser als durch Millionenausgaben für Rüstungszwecke die Sicherheit sich durch eine eheliche Verständigung unter den Völkern herbeiführen und festigen lasse. Verheißungsvolle Schritte für die Bewerkstelligung

dieser Abzweigung seien überall vorhanden. Der Rechner verließ in diesem Zusammenhang auf den Kelloggpaß und erklärte, die englische Regierung wolle daran mitarbeiten, ein solches Fundament für den Kelloggpaß zu errichten, um damit die internationale Friedensmaschine zu beschleunigen. Der Völkerverbund wäre stark gestärkt und trotzdem schwach sein; genüge er aber den Interessen der Völker, so würde er immer mehr eine internationale Macht darstellen. Und auf diesem Wege bestünde der persönliche Kontakt unter den Staatsmännern, wie er regelmäßig in Genf erfolge, einen unendlichen Gewinn dar.

Macdonald kam dann auf seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Vorkämpfer in London, Dawes, zu sprechen, von denen er glaubt, daß die Hoffnung auf eine Verständigung berechtigt ist. Man dürfe aber nicht annehmen, daß die beiden Verhandlungen das Verhältnisproblem als englisch-amerikanisches Problem behandelt würde. Hoover sowohl wie er seien bestrebt, das gesamte Verhältnisproblem auch im Hinblick auf die übrigen Staaten zu betrachten. Der Ausgang dieser Verhandlungen solle das gesamte Verhältnisproblem fördern. In diesem Sinne wäre die englisch-amerikanische Verständigung gleichzeitig eine Erleichterung für die Arbeiten des Völkerverbundes. Macdonald hofft, daß er bald eine Reise nach den Vereinigten Staaten antreten kann; unmöglich aber wäre es ihm, diese Reise vor der nächsten Session des Unterhauses vorzunehmen, in der zahlreiche schwierige Probleme zur Beratung ständen, wie nationale und internationale Finanz- und Wirtschaftsprüfung, die Arbeitslosigkeit, das Verhältnisproblem usw. Macdonald erinnerte dann an das entschlossene Eintreten der Arbeiterpartei für die obligatorische Schlichtungsbarkeit und an das Versprechen, das seine Partei in Bezug auf die Unterzeichnung der Fakultativklausel während des Wahlkampfes abgegeben hat. Die englische Regierung werde dementsprechend die Fakultativklausel unterzeichnen.

Der Vertreter Englands zur Fakultativklausel sei von höchster Wichtigkeit, wenn der Grundgedanke der obligatorischen Schlichtungsbarkeit für die Regelung von Streitfällen im internationalen Leben der Völker eine allgemeine Einrichtung werden soll.

Die Rückwirkung der Ereignisse in Palästina auf Indien.

London, 3. September. „Daily Telegraph“ berichtet aus Bombay: Die mohammedanische öffentliche Meinung in Indien ist durch das Bekanntwerden von Einzelheiten über die Unruhen in Palästina sehr erregt. Eine vom Kolonialhaus in Bombay ausgehende Erklärung besagt, auf Schäden zahlreicher indischer Mohammedaner betriebe der Präsident des indischen Mohammedanischen Ausschusses eine besondere Sitzung ein. Der Ausschuss habe beschlossen, am Mittwoch eine Protestversammlung der Mohammedaner in Bombay in der Hauptmasse abzuhalten. Die Erklärung schließt: Die mohammedanischen Führer fordern die Regierung dringend auf, die Frage mit der britischen Regierung und dem Völkerverbund zu verhandeln.

Die Lage in Palästina ruhiger.

London, 3. September. Das Kolonialamt veröffentlicht ein Kommuniqué über die Lage in Palästina, wonach die Lage nördlich von Caesarea noch unruhig ist, während in den anderen Bezirken die Lage im allgemeinen ruhig sei. Vorgelesen sei mit einem größeren Aufgebot von Flugzeugen eine Anzahl von Demonstrationen im nördlichen Teil von Palästina unternommen worden, wo, wie es heißt,

Die englische Presse zur Verlegung der Rheinlandkommission.

London, 3. September. Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Wiesbaden berichtet seinem Blatt, bei der dortigen Bevölkerung werde das Gefühl der Verdrängung über den Komarsch des britischen Besatzungsherrn durch die Nachzügler getrübt, daß die internationalisierte Rheinlandkommission demnach aus Koblenz nach Wiesbaden verlegt werden solle. Das bedeute, daß auch weiterhin fremde Truppen in Wiesbaden bleiben würden. Die Stadt sehe daher sehr das britische Heer abziehen und werde trotzdem nicht von der Annäherung fremder Truppen bedroht. Die deutschen Bedenken würden auch in Zukunft fernbleiben. Wiesbaden blide dem verbleibenden Zeitraum der Besetzung mit Besorgnis entgegen.

Nach der Wiesbadener Korrespondent der „Morningpost“ betont, daß die beabsichtigte Verlegung der Rheinlandkommission nach Wiesbaden dort als eine ausgeprochene Verschlechterung der Lage betrachtet werde.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, die Haager Konferenz habe es unterlassen, die Stadt zu bestimmen, nach der die Oberkommission verlegt werden soll. Nach seiner Ansicht komme Wiesbaden dafür nicht in Frage, da es nach dem Komarsch der britischen Garnison nicht gut von den Franzosen von neuem besetzt werden könne. Als Sitz der Kommission müßte eine Stadt ganz in der Nähe der französischen Grenze gewählt werden, z. B. Trier oder Kaiserslautern, oder auch eine Stadt im Saargebiet. Die Lösung dieser Frage müsse nun

noch immer bewohnte Arbeiterbanden aus Thyon über die Grenze führen.

Die englische Räumungsaktion.

Wiesbaden, 3. September. Über die Vorbereitungen der Engländer für die bevorstehende Räumungsaktion ist zurzeit noch nichts Bestimmtes bekannt. Wie jedoch verlautet sind sie im Begriff, einen genauen Räumungsplan aufzustellen, der in den nächsten Tagen, wahrscheinlich morgen oder übermorgen mit den deutschen Behörden besprochen werden soll. Nach Aufzählungen von unrichtiger Seite hat es den Anschein, als ob die ganze aus 6000 Mann Militär und 4000 Familienangehörigen bestehende englische Besatzungsarmee möglichst beschleunigt zurückgezogen werden soll.

Auch belgischer Räumungsbefehl.

Brüssel, 3. September. Die Regierung macht jetzt amtlich bekannt, daß in Durchführung der Haager Beschlüsse die belgischen Truppen im Rheinland zum Teil Mitte September, zum anderen Teil Mitte Oktober das Rheinland verlassen werden. Die Räumung des deutschen Gebietes durch die belgischen Truppen dürfte Ende November durchgeführt sein.

Das belgische Kabinett zur Haager Konferenz.

Brüssel, 3. September. Ministerpräsident Jaspar und Finanzminister Houart erhielten im gestrigen Ministerialrat Bericht über die Arbeiten der Haager Konferenz. Der Ministerialrat beschloß, die belgischen Delegierten zu der von ihnen bei den Beratungen eingenommenen Haltung und zu den Resultaten, die sie für Belgien erzielt haben.

Antrag auf Einberufung des polnischen Sejms.

Warschau, 3. September. Die Sejmfraktion der national-demokratischen Fraktion wurde sich gestern an die anderen parlamentarischen Klubs mit dem Vorschlag, beim Staatspräsidenten um die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des polnischen Landtages einzufordern, daß die anderen Oppositionsparteien die Demokratie und die radikalen Sozialisten, diesen Vorschlag unterstützen werden. Sollte dies zutreffen, so würde die erforderliche Zahl von 148 Stimmen leicht erreicht werden. Bei dieser außerordentlichen Sitzung würde die Opposition die Haltung der Regierung gegenüber der herrschenden Wirtschaftslage, dann die Frage der Konfessionsfreiheit an den Hartmann-Kongress, die des Pressefreies und der Aufgabe des Finanzministers Giechowicz vor dem Staatstribunal usw. besprechen.

Eröffnung des englischen Gewerkschaftstages in Belfast.

Belfast, 3. September. Der Gewerkschaftstages wurde gestern mit einer Ansprache des Vorsitzenden Ben Tillie eröffnet, in der dieser ausführte: Die Gewerkschaften sind jetzt ein unumkehrbarer Bestandteil der industriellen Organisation und stehen auf gleichem Fuß mit den Leitern der Industrie. Wir müssen den Vorschlägen, die darauf abzielen, aus den britischen Gemeinwesen eine wirtschaftliche Organisation zu machen, was ohne wirtschaftlichen Kampf mit Europa oder Amerika geschehen kann, die größte Aufmerksamkeit schenken. Erforderlich ist die Bildung

eines wirtschaftlichen Staatsrates, in dem die Regierung, die organisierte Arbeit und das Kapital vertreten sind, und der in Finanz-, Bank-, Kreditfragen usw. zu entscheiden hat. Den Vorschlag beantwortete zum Schluß die staatliche Verwaltung von Untersuchungsstellen für gewisse Industrien, namentlich für die Eisen- und Stahlindustrie und das Baugewerbe, die gegenwärtig keinen Gewinn abwerfen.

Neue Kommunistenverhaftungen in Bulareff.

Bulareff, 3. September. 15 kommunistische Kollaboranten sind hier verhaftet worden, weil sie versucht hätten, eine verbotene Kundgebung zu organisieren und geheime Flugblätter zu verbreiten.

Vor einem chinesisch-japanischen Handelsvertrag?

Peking, 3. September. Der chinesische Gesandte in Tokio hat dem japanischen Außenministerium mitgeteilt, daß die chinesische Regierung bereit sei, mit der japanischen Regierung ein Abkommen über die japanischen Interessen in der Nordmandschurie abzuschließen. Das japanische Außenministerium teilte dem chinesischen Gesandten mit, daß die japanische Regierung bereit sei, außer diesem Abkommen auch noch einen

allgemeinen japanisch-chinesischen Vertrag auf folgender Grundlage abzuschließen:

1. Japan ist bereit, mit China einen Vertrag auf der Grundlage voller Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung abzuschließen.
2. Japan ist bereit, auf die Exterritorialität in China teilweise zu verzichten.
3. Die japanische Regierung erhält von China das Recht zur Unterhaltung einer Stimmensfähigkeit.
4. Die chinesische Regierung muß die Sicherheit leisten, daß sie alle ihre Machtmittel einsetzt, um die japanischfeindliche Bewegung zu unterdrücken.

Präsidentenwahlen in Genf.

Genf, 3. September. Die Vollversammlung des Völkerverbundes hat gestern nachmittag die Bildung des Präsidiums vorgenommen, das aus dem Präsidenten Suarezero, sechs Vizepräsidenten und den Präsidenten der sechs Kommissionen besteht.

In Vizepräsidenten wurden gewählt: Briand mit 43 Stimmen, Dr. Stresemann mit 42 Stimmen, Katschi mit 41 Stimmen, der leitende amerikanische Botschafter Ballou mit 41 Stimmen, Macdonald mit 38 Stimmen und der chinesische Gesandte in Washington Chao Chu Ku mit 36 Stimmen. Präsident der Angeordnetungskommission ist das Mitglied des indischen Kongresses, Habib Allah. Auf dieser Vollversammlung ist es das erste Mal, daß ein Indier Führer der indischen Bewegung ist.

Jede der 34 anwesenden Regierungen hat in jeder der sechs Kommissionen einen Vertreter entsandt. Es wurden zu Präsidenten dieser Kommissionen gewählt: erste Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) der italienische Senator Scialoja, zweite Kommission (technische Fragen) Bundesrat Rotta II, dritte Kommission (Wirtschaftsfragen) Außenminister Benesch-Zischewski, vierte Kommission (Sozialfragen) Außenminister Graf Wolff-Darmstadt, fünfte Kommission (Hygiene und Sozialfragen) Unterrichtsminister D'Sullivan, sechste Kommission (politische Fragen) Justizminister Janzon-Belgien. Die sechs Kommissionen legen heute ihren Arbeitsplan fest. Dr. Stresemann wird nach hier am Montag eintrafender Mitteilung Mittwoch um 17 Uhr in Genf eintreffen.

Nicht Vereinigte Staaten Europas, sondern europäische Arbeitsgemeinschaft.

Paris, 3. September. Aber die seit längerer Zeit für die jähliche Völkerverbundung angelegte Initiative Briand und jüngst eines engeren Zusammenhanges der Staaten Europas berichtet der Genfer Korrespondent des „Petit Parisien“: Briand erklärt die logische Fortsetzung der von ihm seit Locarno betriebenen Politik in der Schaffung nicht etwa der Vereinigten Staaten von Europa, wie man in ungenauer Formulierung behauptet hat, sondern in einer europäischen Arbeitsgemeinschaft, einer Art europäischen Section des Völkerverbundes, deren Tätigkeit hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet liegen würde. Briand gibt sich selbstverständlich keinen Illusionen hin und rechnet nicht für morgen mit der Gründung einer Art europäischen Reichstages.

Er weiß genau, daß die Verwirklichung seines Idealzeit erfordert. Für heute will er nur

Vier Jahrhunderte Meißner Kunst.

Ausstellungen des Meißner Wandvereins in der Albrechtsburg und im Burglehn.

Über die schnell vergangenen Festtage der tausendjährigen Stadt hinaus ist mit dieser Ausstellung ein würdiges Mahlzugeln Meißner Kultur vergangener Zeiten bestehen gelassen, das zugleich als ein glänzendes Zeugnis einer opferfreudigen, weit über das Durchschnittsmäß hinausgehenden Provinzialen Kunstpflege zu bewerten ist. Heimliche und ein weitgehendes Verständnis für kunsthistorische Grundlagen haben hier einen retrovisiven Einblick geschaffen, der zweifellos zu den bedeutendsten Ereignissen innerhalb des sächsischen Kunstausstellungswesens der letzten Jahrzehnte gehört.

In sieben Sälen der Albrechtsburg und fünf Sälen des reizvoll intimen Burglehns sind an 400 Gemälde, Handzeichnungen und Graphiken vereint worden, und zwar Arbeiten berühmter und lebender, aus Meissen gebürtiger Künstler sowie Werke, die den Kunstsinne vergangener Geschlechter (insbesondere des Meißner Landadels) dokumentieren und zum Bekenden Kunstbesitz Meißens und seiner unmittelbaren Umgebung geworden sind. Heimliche und auswärtige Kunstsammler sowie eine Anzahl deutscher Museen haben in dankenswerter Hilfsbereitschaft durch Leihgaben mitgewirkt, diesen auch für die Kunstwissenschaft bemerkenswerten Überblick zu schaffen.

Den wertvollsten Bestand der historischen Abteilung bilden die Porträts, die vereinzelt aus dem 16. und 17. Jahrhundert, überwiegend aus dem 18. und 19. Jahrhundert hauptsächlich aus den umliegenden Schichten entliehen wurden (Siebenbrunn, Reinsberg, Rothschönberg, Dohnitz, Wendischbora, Weistroppe, Graupzig usw.). Die Führung übernehmen die beiden typischen sächsischen Porträts des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts: Anton Stoff und Ferdinand v. Kayll.

Es befaßt für die Bedeutung einer Ausstellung viel, wenn sie von jedem der beiden Künstler sechs Gemälde vereinen kann, von denen die Stoffischen überdies auf den bisherigen großen Anton-Stoff-Ausstellungen noch nicht vertreten waren. Aber auch die künstlerisch hochstehenden Kayll-Bildnisse aus v. Schönbergischem Besitz werden außerhalb des engeren Kreises der Kayll-Forscher und -Kenner weniger bekannt sein und verdienen allein schon den Besuch der Ausstellung.

Neben diesen beiden großen Porträts treten von gleicher oder doch bemerkenswerter Bedeutung nur vereinzelte Werke auf, so zwei Bildnisse Fr. A. Tischbeins aus den Schloßstein Siebenbrunn und Weistroppe, ein entzückendes kleiner Vogel von Bogelstein und bemerkenswerter Wismann aus Niederreinsberger Besitz, zwei kleine Gemälde aus Schloß Dohnitz, zwei Wismann aus Wendischbora und als Glanzstück der Basillermalerei großen Formates ein Herrnenbildnis des Leipziger Malers Caffe. Hier und da werden auch kunstwissenschaftliche Entdeckungen angeregt, so bezüglich des (Fr. Kerling zugeschriebenen) Bildnisses des Bildhauers Wittig, das sicher von seinem jüngsten, frühverstorbenen Sohne Hermann herrührt, oder bezüglich der beiden Bildnisse von Wilhelm v. Angeln. Es sind dies Fragen, die für den weiteren Kreis der Besucher vielleicht nebenbei, zumindest nicht beeinträchtigend sind, die veranlassen, noch einmal tritt dann auch der Reiz der Porträtmalerei glänzend auf mit den Bildnissen des verstorbenen Oskar Zwislock, der an die zehn Jahre in Meissen wohnte und im Burglehn starb, an der gleichen Stelle wie ein Ludwig Richter. Es sind etwa ein Dutzend Bilder auf seinem Nachlasse und seines letzten Schaffens, die hier zur besonderen Ehre des Verstorbenen vereint wurden. — Was nach ihm in der Porträtmalerei folgt, ist nicht gleichartig, aber es sind doch bemerkenswerte Arbeiten dabei: von Rudolf Henckel, von dem in Meissen geborenen Rich. Diebe, von Maria, Elmach und Gertr.

Neben der Porträtmalerei tritt die Genremalerei in der Zahl wesentlich zurück, doch hat auch sie seltene Stücke aufzuweisen, so aus der Zeit des Niedermeier von Fr. Kerling (aus der Sammlung Lohmann und dem Leipziger Museum), aus der Mitte des 19. Jahrhunderts von Hugo Lehmann (derzeit häufig in Tübingen), und in besonderem Maße im Burglehn eine fastliche Reihe von Aquarellen und Handzeichnungen Ludw. Richters und Paul Rohus. Dort im Burglehn, das von den Besuchern der Ausstellungen mit Unrecht etwas vernachlässigt zu werden scheint, schließt sich überdies an den Raum Richters eine sehr reizvoll-intime Gruppe von Handzeichnungen und Aquarellen des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts an, die sich zum Teil aus den Beständen der Privatsammlung des Kunsthistorikers Prof. Egidius zusammenfügt. Es sind zum Teil bekannte, zu ihrer Zeit gefeierte Namen wie die eines Dietrich und Schenau, aber auch längst vergessene Namen beachtenswerter Meißner, einer Maria Dorothea Wagner und ihres begabten Sohnes Johann Georg Wagner, eines Schubert, Liebeszeit oder Fehling, die hier lebendig werden und auch dieser Sonderausstellung den kunsthistorischen Wert geben.

Jahrteiler tritt dann wieder die Handwerksmalerei auf. Aus dem frühen 19. Jahrhundert durch Ludwig Richter (Leihgaben der Dresden Galerie und aus Privatbesitz), durch seinen Zeitgenossen Spaatzmann (Sammlung Lohmann und Leipzig-Dresden sowie Karlruher Museum) und durch seine Schüler Pullan, Paul Rohn und W. Schlichte. Aus der neueren Zeit sind es vor allem die verstorbenen Meißner Bernh. Schröder und Konrad Henckel und aus der neuesten Periode Meißner Kunst die auf der Höhe ihres Schaffens stehenden Ahlenhagen und Rud. Henckel, denen sich die Namen eines Ernst Marx, Maria, Elmach, Kretschmar, Kretschmar, Kretschmar und Durlhard anschließen. Daneben haben wir in einer kleinen, gut zusammengestellten Sondergruppe Arbeiten des aus Meissen gebürtigen, nun auch

schon sechsjährigen Impressionisten Paul Baum und in einem größeren Raume vereint Arbeiten aus dem Nachlasse Carl's Schneider.

Zu den bemerkenswerten Graphikern der Meißner Zeit gehören in der neueren Zeit die verstorbenen Bernh. Wagners und Arthur Barth, den Dresden Georg Zahn und in Meissen selbst Rudolf Henckel zu den Meissen, unter den Bildhauern: Theodor Richter, Erich Höfel und P. Walthert. Sie alle sind mit Arbeiten vertreten, die der Ausstellung Wert verleihen.

Es ist unmöglich, in einer an Raum und Zeit gebundenen kurzen Betrachtung aller der feinen Einzelzüge zu gedenken, die dieser Überblick Meißner Kunst in sich schließt, wie etwa der hervorragenden Blumenstücke Meißner Arnolds aus dem 18. Jahrhundert und Braunsdorfs, der Gruppe der Tischzeichnungen Schenau und Handzeichnungen Leopolds oder der polydromen altdeutschen Holzschnitten der Sammlung Otto Horn. Es kann nur gesagt werden, daß trotz mancherlei noch vorhanden, aber begreiflicher Mängel, im Zusammenhang der Entwicklung Meißner Kunst hier ein mit viel Liebe und Sorgfalt geschaffener Überblick gegeben wurde, der nicht schnell vergessen werden wird. Dazu wird auch der gut bearbeitete Katalog beitragen. — Eine wertvolle mit Opfermut und Hingabe an die heimliche Kunst durchgeführte provinzielle Kunstpflege gibt aber auch zu denken, weil sie die Pionierarbeit der Forschung leistet, Bausteine der Kunstgeschichte sammelt und Grundlagen schafft. Ihre Tätigkeit ist in diesem Falle vor allem für den Staat wirtschaftlich günstig gewesen, weil sie die Herstellung der Räume der Albrechtsburg auf Kosten des noch jungen, talentreichen Vereins ermöglichte. Da sollte wohl Treue um Treue gehalten werden.

Lehter Gruß an Alfred Meyer!

Herrn von Treiben erreicht mich die erschütternde Nachricht von Alfred Meyers Hinscheiden. Ich konnte nicht an dem Satze meines

